

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kfirringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruck beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalserscheinen, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 7. April 1931

Int. militärisch
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Hitler siegt - durch Demokratie!

SPD. Die Rebellion der Sturmabteilungen im Lager der Hakenkreuzler scheint überraschend schnell beendet zu sein. Zunächst schien es, als wenn das "militärische Heerlager" des Dritten Reichs sich geschlossen erhebe, um gegen die "Zivilisten" in München und anderwärts den Anspruch auf die Macht geltend zu machen. Dem Häuptling Stennes in Berlin stimmten andere Häuptlinge begeistert zu. Bald schien der ganze Nordosten Deutschlands - soweit es vom Hakenkreuz-Gestirn beschienen ist - in Flammen zu stehen.

Inzwischen ist es bedeutend ruhiger geworden. Die Häuptlinge halten wohl noch weithinhallende Kriegsworte gegeneinander und schlagen vernehmlich an die Schilde. Im wesentlichen vertrösten sie sich jedoch gegenseitig auf das Wiedersehen vor dem Schöffengericht, allwo sie sich einander - im Schwören nicht unerfahren - bescheinigen wollen, wieweit sie sich für Ehrenmänner oder für das Gegenteil davon halten.

Für uns Aussenstehende bietet sich da ein besonderes Schauspiel. Und niemand wird vermuten, dass wir den verschiedenen Gerichtsprozeduren der deutschen Erneuerer nicht mit starkem Interesse entgegensähen. Soweit sie überhaupt zu stande kommen, versteht sich.

Indessen bietet auch der bisherige Verlauf der Dinge schon allerhand Anregungen. Man denke, dass die militärisch aufgezogenen Kohorten, die unter dem Namen SA. die Welt unsicher machten, so manchem Spiesserseelen einen gelinden Schrecken eingejagt haben, wenn sie, geführt von allerhand mit Orden geschmückten Oberen, sich oft den Anschein gaben, als ob sie wirklich schon den "Marsch auf Berlin" angetreten hätten, wie ihr Vorbild Mussolini den Marsch auf Rom. Und der Fanatismus, mit dem die Braunhemdenmatze ihre "Heil Hitler!" zu brüllen pflegten, liess bei den Wunder- und Militärgläubigen des Spiessbürgertums wirklich die Hoffnung aufkeimen, als ob aus den Reihen der SA. einmal die Erlösung aus der Knechtschaft des Marxismus oder aus der Young-Sklaverei kommen würde.

In diese Träume fiel der Aufstand des "Offiziersmeutererklüngels", um im Stile des Braunen Palastes zu reden. Fiel die Nachricht, dass ein Gau des Nordens nach dem andern sich den "Rebellen" anschliesse und damit die ganze Front der Hakenkreuzformationen aufzurollen beginne. Auch im engsten Kreis um Hitler bangte und wankte alles. Und doch ist der Spuk überraschend schnell verflogen. Aus der Ferne kann der Diktator die "Führer" ab- und einsetzen, Generalbevollmächtigte für seine innerparteilichen Henkersdienste ernennen und weitere "Säuberungs"-Aktionen ankündigen. Die Prätorianergarden knurren zwar, aber sie schwenken ein. Die eben noch allgewaltigen Safs und Stafs fliegen hinaus und stehen allein mit den Wenigen, die - bis jetzt - ihnen treu blieben. Keine militärische Macht trieb sie aus ihren Stellungen. Nur der Ukas des Heiligen von München vermochte solche Wunderdinge zu vollbringen!

Das aber ist das Wesentliche an all diesen Vorgängen. So gewaltig auch das militaristische Gepränge der SA schien, stärker erwies sich auch hier die

politische Idee, die in der Bewegung wirksam ist. Diese Idee ist ohne Zweifel dünn, wie Wassersuppe, dazu konfus, wie kaum eine zweite, die wir kennen. Aber sie bildet doch den sozusagen geistigen Inhalt einer ungeistigen Gesellschaft. Das Gerede von der "Befehlsgewalt" des grossen Adolf, der die Diktatur erstrebt und selbst sich als Diktator fühlt, mutet zwar mehr als grotesk an in einem Lande, das so starke demokratische Willenskräfte entwickelt hat, wie unsere Arbeiterorganisationen. Aber auch dies Gerede ist immer noch stärker als das militaristische Spiel, von dem es bisher begleitet wurde. Tatsächlich haben die "Zivilisten" in der Hitlerei mit ihrem Legalitätseide einstweilen gesiegt über die militaristische Garde, die sich als den Nabel der Hakenkreuzwelt betrachtete. Das mag zunächst für Hitler und die Seinen als ein Erfolg seiner "starken Persönlichkeit" aussehen. In Wirklichkeit bestätigt es alle Erfahrungen, die in unserm demokratischen Zeitalter gemacht werden konnten. Selbst die "Diktatoren" können in ihrer eigenen Partei oder Bewegung nur dann stark sein, wenn sie getragen werden von einer breiteren ganz unmilitärischen Idee, die sich selbst gegen die Kommandogewalt militärischer oder halbmilitärischer Führer durchsetzt.

Sicherlich wird diese Erhebung der Prätorianer gegen ihr "Hauptquartier" für die Hitlerei noch sehr unangenehm und sehr lange nachwirken. In wie starker Masse, das wird sich erst im Laufe der nächsten Jahre zeigen und nicht unwesentlich abhängen von der Energie und der Geschlossenheit, mit der die Sozialdemokratie den Kampf gegen das faschistische Tollhaus fortsetzt. Aber man wird gerade deshalb die Dinge im rechten Lichte sehen müssen. Und da zeigt sich, dass die Hakenkreuz-Partei schon zu stark Partei im landläufigen Sinne geworden ist, als dass sie nur mit militärischen Paraden und mit geheimbündlerischen Ueberraschungen arbeiten kann, wie in ihren Anfangszeiten. Der Auflösungsprozess der alten bürgerlichen Parteien hat die Hitlerbewegung überraschend schnell aufgeschwemmt. Zu viele ihrer Glieder sind aus dem Lager der Reaktionsparteien gekommen, als dass sie mit wirklich revolutionärem Schwunge ein Volk übrumpeln könnte. Die Kräfte, die ihr von den Deutschnationalen, aus dem Bauerntum und von den Anhängern der Volkspartei zuströmten, sind nicht geneigt, sich von den SA-Leuten ohne ganze Stiefelsohlen - nach Stennes - in politische Ungelegenheiten treiben zu lassen. Deshalb bläst Hitler den Sturm ab; deshalb klammert er sich immer fester an die "Legalität", deshalb ist ihm ein Ministerposten in irgendeinem deutschen Lande für den Ruf seiner Politik wichtiger, als alle die Braunhemden, die sich hungernd für ihn schlagen.

Auf die Länge gesehen, ist der Sturz des Frick in Thüringen für den Unbesiegbareitsdünkel der Hitler-Garde einschneidender als die Rebellion der "Ohneschuhe", der braunen SA-Kompanien. In der Demokratie kann die Macht "legal" erobert werden, wenn man das Volk für seine Idee gewinnen kann. Aber auch für die Demokratie gilt das Wort, dass an ihr stirbt, wer von ihr nascht. Und Hitler hat von den Möglichkeiten der Demokratie bereits zu stark gekostet, als dass er in diktatorischer Unberührtheit sich ausserhalb stellen könnte. Mögen die Garde protestieren und rebellieren, der Diktator siegte mit seiner ehrlich oder unehrlich gemeinten "Legalitätsidee", weil sie an das vorhandene demokratische System anknüpft und mit ihm Bündnisse zu versprechen scheint.

Den Weg zum Siege in der Demokratie aber versperren dem Pseudo-Diktator nicht die Mannen um Stennes, sondern die viel stärkeren, in unzähligen Kämpfen geschulten Reihen der sozialistisch-demokratischen Arbeiterschaft. Sie wissen, dass die Demokratie zu den Lebensnotwendigkeiten des arbeitenden Volkes gehört und nicht zum Spielzeug eines politischen Charlatans gemacht werden darf.

SPD. Genf, 7. April (Eig. Drahtb.)

Der Reichsaussenminister hat an das Generalsekretariat des Völkerbundes ein Schreiben gerichtet, in dem im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz die Offenlegung des Rüstungsstandes gefordert wird.

Der Völkerbundsrat hat im Januar beschlossen, der Abrüstungskonferenz das erforderliche Material über die bestehenden Rüstungen u.a. auch durch eine Umfrage zu verschaffen, die allen Regierungen zugesandt werden soll. England hat inzwischen vorgeschlagen, für diese Befragung die Tabellen zu verwenden, die der Entwurf der Abrüstungskonvention angeheftet sind. Die deutsche Regierung stimmt mit der Meinung der englischen Regierung dahin überein, dass für alle Staaten der gleiche Fragebogen verwendet werden soll, da nur Tabellen, die nach den gleichen Prinzipien aufgestellt sind, der Konferenz einen Vergleich des Rüstungsstandes der verschiedenen Staaten und eine Berechnung des inneren Verhältnisses der Rüstungsausgaben zu den Budgets gestatten würden. Darüber hinaus will Deutschland, dass alle Staaten zu den gleichen Angaben verpflichtet werden und die Fragebogen sich über die Budgetausgaben hinaus auf sämtliche Rüstungen, das lagernde Material und die ausgebildeten Reserven beziehen sollen. In diesem Sinne soll die bevorstehende Tagung des Völkerbunds rats nach den Wünschen der Reichsregierung beschliessen.

SPD. Der Vorsitzende der deutschnationalen Landtagsfraktion, Abgeordneter von Winterfeldt, hatte an den preussischen Innenminister kürzlich einen Brief gerichtet, in dem er um Auskunft darüber bat, inwieweit das preussische Ministerium des Innern an dem Zustandekommen der Notverordnung des Reichspräsidenten gegen das politische Rowdytum beteiligt gewesen sei. Der Brief war in der Form äusserst höflich gehalten. Inzwischen hat Severing dem Abgeordneten von Winterfeldt ebenso höflich wie folgt geantwortet:

"Es ist richtig, dass ich an dem Zustandekommen der Notverordnung beteiligt gewesen bin, wenn Sie meine Vorstellungen bei den zuständigen Stellen des Reiches und Preussens um Erlass gesetzlicher Bestimmungen gegen die Verrohung der politischen Kampf Formen als eine Beteiligung ansehen wollen. Ich habe darüber hinaus in privaten und amtlichen Besprechungen, zuletzt in der Konferenz der Innenminister der Länder, dem Herrn Reichsminister des Innern meine Auffassung über die erforderlichen Einzelmassnahmen mitgeteilt und dabei keinen Zweifel darüber gelassen, dass das erbetene Mehr des gesetzlichen Schutzes sich nicht nur gegen die Gottlosen Propaganda, sondern gegen jede Art der politischen und kulturellen Verwilderung richten müsse. Insoweit bekenne ich mich gern zu einer Mitwirkung an der Verordnung.

Auf ihre endgiltige Formulierung und Paraphierung habe ich jedoch keinen Einfluss nehmen können. Es ist Ihnen, Herr Kollege, genau so wie mir bekannt, dass die Vollmacht des Artikels 48 der Reichsverfassung nicht dem Reichsrat, auch nicht der Reichsregierung, sondern dem Reichspräsidenten erteilt worden ist. Das entbindet den Reichskanzler zwar nicht von der politischen Verantwortung, die er dem Reichstag gegenüber trägt, lässt aber keinen Raum für Verhandlungen mit den Länderregierungen über Einzelheiten der allein vom Reichspräsidenten zu bestimmenden Massnahmen. Es überrascht mich, dass gerade Sie in diesem Falle die Rechte der Länder besonders gewahrt wissen wollen, da von Ihren politischen Freunden bei anderen Gelegenheiten doch recht oft und nachdrücklich eine Vermehrung der Rechte des Reichspräsidenten gefordert worden ist. Zu einer Mitteilung von den in Vorbereitung befindlichen Massnahmen an die preussische Volksvertretung war ich nicht ermächtigt und aus eigenem nicht in der Lage, weil ich keine Gewissheit darüber hatte, ob überhaupt, wann und mit welchem Einzel-Inhalt eine Notverordnung erlassen werden würde.

Im übrigen begrüsse ich Ihre Erklärung, dass auch Sie die Notwendigkeit eines Schutzes des Lebens der Bürger gegen ein politisches Rowdytum nicht ver-

kennen. Es kommt bei diesem Schutze aber nicht so sehr darauf an, erst im letzten Augenblicke den Rowdies die Mordwaffe aus der Hand zu schlagen, als vielmehr der Verwilderung entgegenzutreten, die zur Mordtat anreizt und den Mord verherrlicht. Ein Staat, der dieser Vergiftung des öffentlichen Lebens nicht entgegentritt, gewährt seinen Bürgern nicht nur keinen Schutz, sondern gibt sich selbst auf. Von einer Gefährdung der Vereins- und Versammlungsfreiheit, der Freiheit in Wort und Schrift, die auch die Freiheit anderer anerkennt und achtet, soll in Preussen nicht die Rede sein."

SPD. Paris, 7. April (Eig. Drahtb.)

Die Zahl der in Nordfrankreich streikenden Grubenarbeiter hat nach den Feiertagen beträchtlich abgenommen, obwohl die Kommunisten über Ostern starke Propaganda für einen Generalstreik gemacht haben. Die Mehrzahl der Grubenarbeiter verhält sich den kommunistischen Machenschaften gegenüber völlig ablehnend und folgt den Direktiven der sozialistischen Gewerkschaften. Auch im Gard-Departement haben die Kommunisten mit ihrem für Dienstag angekündigten Generalstreik keinen Erfolg gehabt. In der Mehrzahl der Zechen sind die Belegschaften zur Arbeit erschienen.

SPD. Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtags wendet sich in einem scharfen Aufruf gegen die Desperadopolitiker, die durch ein Volksbegehren auf Auflösung des preussischen Landtags die "Vorherrschaft" in Preussen erobern und "über Preussen den Sturz des Kabinetts Brüning" im Reich erreichen möchten. Der Aufruf schliesst :

"Die Wahlperiode des preussischen Landtags läuft im Frühjahr des kommenden Jahres ab. Wozu dann wenige Monate vorher noch ein Volksentscheid, der nutzlose Millionen Kosten verschlingt, die wahrlich besser verwandt werden könnten? Was unser Volk, was unsere Wirtschaft braucht, ist Ruhe und Ordnung, ist Erhaltung des wiedergewonnenen Vertrauens! Durch ein Volksbegehren wird unsere ohnehin schon schwer geprüfte Volksgemeinschaft in leidenschaftlichen Kämpfen erneut aufs Schwerste erschüttert! Wenn der Stahlhelm, der angeblich "überparteiliche" Bund der Frontsoldaten, mit Unterstützung der Rechtsradikalen und auch solcher Parteien, die im Reiche mit in der Verantwortung stehen, zum Kampfe um die politische Vorherrschaft in Preussen aufruft, kann es für uns und unsere Freunde im Land nur eine Losung geben: Keine Unterstützung des Volksbegehrens! Keine Teilnahme am Volksentscheid!"

SPD. München, 7. April (Eig. Drahtb.)

Der Kloakenkampf Hitlers gegen Stennes, der seit Mitte voriger Woche den "Völkischen Beobachter" Seite um Seite gefüllt hat, umfasst in der Dienstag-Nummer nicht weniger als zwei von sieben Textseiten. Die Taktik des Kampfes gipfelt nach wie vor darin, den abtrünnigen Stennes mit dem ekelhaftesten Schmutz zu bewerfen. Nachdem er auf diese Weise zuerst als politischer Mitstreiter besudelt und verunstaltet worden war, wird jetzt in seinem Privatleben herumgestöbert und es werden Dinge von ihm behauptet, die ihn vor allen Dingen in den Augen der SA-Söldlinge mit den zerrissenen Stiefeln verächtlich machen sollen.

Stennes wird neuerdings z.B. als alter Sektzecher und Austernschlemmer geschildert, der in seiner Luxuslimousine von Weinkneipe zu Weinkneipe fahre, für seine Reden vor versammelter SA-Mannschaft aber die Lackschuhe mit hohen Stiefeln vertausche. Hitler scheint dabei vergessen zu haben, dass er Stennes für

seine angebliche Lebensführung als Vorbild gedient hat, denn auch Hitler fährt seit Jahren mit Luxuslimousinen mit Dienerschaft umher, und in den öffentlichen Lokalen, die er besucht, sieht man ihn nicht im Kriegsschmuck seiner politischen Versammlungen, sondern im bürgerlichen Gesellschaftskleid. Bei Dinern mit Industriellen verwendet er sogar mit Vorliebe den Frack. Von einem Selbstverzicht auf die eigenen Annehmlichkeiten des Lebens, den Hitler plötzlich öffentlich von Stennes fordert, ist bei ihm selbst nicht das geringste zu merken.

An tatsächlichen Mitteilungen enthält das Hitler-Blatt am Dienstag die Feststellung, dass der Verlag des Berliner Nazi-Blattes jetzt unter neuer Leitung stehe und der Fememörder Schulz mit drei Adjutanten, darunter den Femekollegen Heines, das Kommando als Osaf-Ost inzwischen angetreten habe.

SPD. Lissabon, 7. April (Eig. Drahtb.)

Die Aufständischen in Funchal haben der portugiesischen Regierung telegraphisch mitgeteilt, dass sämtliche Behörden der Insel abgesetzt und die Aufständischen von der zentralen Regierung irgendwelche Anordnungen nicht mehr entgegennehmen würden. Die Regierung hat daraufhin einen Oberst zum Oberbefehlshaber von Madeira ernannt. Der Oberst ist bereits am Dienstag nach Funchal abgereist.

Auf Madeira soll vollkommene Ruhe herrschen.

SPD. In dem Berliner Naziblatt äussert sich dessen Herausgeber Goebbels, der plötzliche "Freund" Hitlers, über die Rebellion in der Berliner SA. Als letzte Ursache bezeichnet er die Absicht der "Rebellen", gewaltsam gegen das heutige "System" anzurennen, während Stennes und sein Anhang die ihnen von der Hitler-Bonzokratie unterstellten Absichten nicht nur verlogen nennen sondern zugleich auch eine gerichtliche Klarstellung des Sachverhalts angekündigt haben. Aber hören wir was Goebbels zu den von ihm behaupteten Ursachen der Rebellion schreibt :

"Ist jemand unter uns verantwortungslos genug, in den Ruf: "Auf die Barrikaden!" auszubrechen, wo er weiss, dass jeder illegale Versuch nicht nur augenblicks im Maschinengewehrfeuer der regierenden Gewalten erstickt würde, sondern darüber hinaus auch noch endgültig den Bestand der Partei überhaupt und damit jede Möglichkeit einer Befreiung des deutschen Volkes vernichtete? Revolutionäre Gesinnung kann sich in vielerlei Formen äussern. Die verlogenste aber ist jene, bei der man "zu den Waffen" ruft, wenn man keine Waffen hat, und "Auf die Barrikaden", wenn man weiss, dass man selbst dafür den Kopf nicht ins Loch zu stecken braucht."

Was Goebbels hier gegen Stennes schreibt, trifft Wort für Wort auf ihn selbst und auf Hitler zu. Die Methode der Agitation, die er Stennes plötzlich zum Vorwurf macht, haben Hitler und er jahrelang in der übelsten Form betrieben. Ja, sie haben sie länger betrieben als Stennes, weil sie, wie Goebbels in dem oben zitierten Artikel u.a. richtig anführt, länger in der Nazi-Bewegung stehen als der plötzliche "Rebell". War es nicht Hitler persönlich, der seinerzeit den "Marsch auf Berlin" proklamierte, der "zu den Waffen rief" ohne Waffen zu haben, der innerhalb der deutschen Spiessbürgerschaft systematisch den Eindruck hervorrief und seinem Anhang bis vor nicht allzulanger Zeit auch entsprechende Rundschreiben zugehen liess, als ob die SA berufen sei, der Republik eines Tages mit Gewalt ein Ende zu bereiten? Was Hitler jahrelang proklamierte, hat Goebbels tagtäglich weiter gepredigt und Stennes schliesslich nachgeäfft. Er war nichts anderes als der treue Diener der politischen Propagandamethode seiner Herrn und Meister, die plötzlich von einem dieser Meister und zwar Herrn Goebbels als "die verlogenste" bezeichnet wird, die es je ge-

ben kann. Wir waren schon immer dieser Meinung. Das von Goebbeles jetzt persönlich zu erfahren und zwar im Zusammenhang mit dem Fall Stennes zeigt, mit welcher Willkür und Rücksichtslosigkeit die Nazi-Bewegung heute von einigen "Führern" behandelt wird. Schliesslich kann man Stennes - nach Goebbeles - nichts anderes vorwerfen, als dass er der Propagandamethode der Hitler und Goebbeles bis zuletzt treu geblieben ist, während die Väter ihr eigenes Kind als "das verlogenste", das es je geben kann, verlassen haben. Weil dem so ist, wurde Stennes von heute auf morgen hinausgeschmissen, hinausgeworfen von denen, die sich selbst untreu geworden sind.

In dieser Untreue liegt zugleich der Beweis, dass Hitler und Goebbeles den bisher propagierten gewaltsamen Kampf gegen die Republik heute als einen hoffnungslosen Fall betrachten. Aus Furcht vor der Niederlage, nicht aus eigenem Triebe, stellen sie sich plötzlich auf den Boden der Legalität. Notgedrungen rücken sie nach aussen von der "verlogenste" Propagandamethode, die es je geben kann, von ihrer jahrelangen Agitation, ab. Tausende von Spiessern, die die "verlogenste" Propagandamethode lange Zeit für bare Münze genommen haben, sind wieder um eine Hoffnung ärmer geworden. Die Republik lebt - trotz Hitler.

SPD. Köln, 7. April (Eig. Drahtb.)

Im Kölner Naziladen kracht es wieder. Der Geldgeber der rheinischen Nazi-Bewegung, Prinz Friedrich Christian zu Schaumburg-Lippe, lässt öffentlich erklären, dass er seine Beziehungen zu dem derzeitigen nationalsozialistischen Gauleiter, dem Reichstagsabgeordneten Dr. Ley, gelöst habe. An seiner Treue zu Adolf Hitler ändere sich jedoch nichts.

Zwischen dem Prinzen und Ley bestehen schon seit längerer Zeit Differenzen. Beide gründeten im Vorjahre mehrere Zeitungsverlage. Das Geld dazu gab der Prinz. Wie mit dem Geld gewirtschaftet wurde, zeigt das Koblenzer Beispiel des verkrachten Nazi-Blattes. Bei den Kölner Nazis sind die finanziellen Verhältnisse nicht besser als bei den Koblenzer Hitlerianern. Auch in Köln herrscht eine endlose Schuldenwirtschaft, für die der Prinz sein Geld nicht länger hergeben will. Wie bei allen Prinzen und anderen Spiessern hört bei ihnen der Idealismus schliesslich ebenfalls dort auf, wo das zur Verfügung gestellte Kapital nichts mehr einbringt.

In Köln erwartet man jetzt ein Machtwort Hitlers. Da der Prinz Geld besitzt und Ley nicht, dürfte sich Hitler sicher für den Prinzen entscheiden.

SPD. Der Berliner Nazi-Krieg nimmt jetzt vor den Gerichten seinen Fortgang. Sowohl Stennes als auch Goebbeles haben die sonst so verhassten Gerichte der Republik um Entscheidungen angerufen.

Auf Antrag von Stennes erliess das Amtsgericht Berlin-Mitte am Dienstag gegen Hitler, den Chefredakteur des "Völkischen Beobachter", Rosenberg, Dr. Goebbeles und den Chefredakteur des Berliner Naziblattes Lippert eine einstweilige Verfügung, nach der es den Genannten bei Androhung einer Gefängnisstrafe bis zu 6 Wochen und einer Geldstrafe in unbegrenzter Höhe verboten ist, weiterhin zu verbreiten, dass Stennes sich als Polizeispitzel betätigt habe. Ausserdem ist den genannten Personen untersagt, die Nachricht zu verbreiten, dass Stennes von den Beziehungen eines Polizeiwachtmeisters der Schutzpolizei zur NSDAP Kenntnis gehabt habe. Stennes hat zugleich eine Beleidigungsklage gegen Hitler, Rosenberg, Goebbeles und Lippert beim Amtsgericht Berlin-Mitte anstrengen lassen.

Unterdessen hat Goebbels ebenfalls eine einstweilige Verfügung gegen Stennes erwirkt, nach der sämtliche Büromöbel, Schreibmaschinen und was Stennes sonst noch aus dem Parteibüro der Nazis in der Hedemannstrasse hat mitgehen

heissen, herauszugeben sind. Im Verfolg dieser Verfügung erschien am Dienstag-Nachmittag in der Matthäikirchstrasse, in dem Büro des Hauptmann Stennes, ein Gerichtsvollzieher mit vier Ordre, die mitgenommenen Sachen herauszugeben. Vor dem Haus fuhrn gleichzeitig zwei Ueberfallwagen der Schutzpolizei vor, um dem Gerichtsvollzieher und den Transportarbeitern bei der Räumungsarbeit den nötigen Schutz zu gewähren. In einer Stunde wurden dann Schreibmaschinen, Tische, Schränke, Feldbetten und andere Möbel, die Stennes aus dem Gaubüro in der Hedemannstrasse mitgenommen hatte, auf mehrere Lastautos transportiert und dann ebenfalls unter dem Schutz der Severing-Polizei nach der Hedemannstrasse zurückgebracht.

Als der Transport in der Hedemannstrasse eintraf, hatten sich dort bereits zahlreiche Nationalsozialisten aller Richtungen eingefunden. Ohne die von den Nazis so verführte preussische Polizei hätte Goebbels seine vermoderten Möbel wahrscheinlich nur in tausenden von Stücken wiedergesehen.

SPD. London, 7. April (Eig. Drahtb.)

Die von der englischen Regierung an den Reichskanzler und Aussenminister Curtius ergangene Einladung ist der englischen Presse am Dienstag früh durch eine Berliner Reutermeldung bekannt geworden. Nirgends ist ein Widerspruch gegen die Einladung zu lesen und da das offizielle England noch in den Osterferien lebt, geben die meisten Blätter die Nachricht ohne jeden Kommentar.

Ueber den Zweck der Einladung und worüber zwischen den deutschen und englischen Ministern diskutiert werden soll, gehen die Ansichten weit auseinander. Man wird jedoch in der Annahme nicht fehlgehen, dass die gesamte europäische Lage, die Abrüstungskonferenz und selbstverständlich auch die deutsch-österreichische Zollunion in den Kreis der Erörterungen gezogen werden wird. Es steht ferner fest, dass der französische Aussenminister Briand bei den für die erste Mai-Woche festgesetzten Besprechungen nicht anwesend ist und nicht anwesend sein will. Das gibt der deutsch-englischen Besprechung eine um so höhere politische Bedeutung.

SPD. Ein in Berlin ansässiger Österreicher, dessen Name nicht genannt werden soll, hat in "Anerkennung der in dem abgelautenen ersten Regierungsjahre vom Reichskabinet Brünig geleisteten wertvollen politischen Arbeit" dem Reichskanzler die Summe von 25 000 Mark für Zwecke, deren Förderung dem Reichskanzler besonders am Herzen liege, zur Verfügung gestellt. Der Reichskanzler hat von dieser Summe 5000 Mark an die Berliner Winterhilfe, 10 000 Mark an die Deutsche Nothilfe und 5000 Mark an die Hindenburg-Spende überwiesen. Die restlichen 5000 Mark wurden für Einzelunterstützungen in Fällen dringender Not bestimmt.

SPD. Riga, 7. April (Eig. Drahtb.)

Aus Moskau wird gemeldet, dass 30 Mitglieder des Obersten Gerichtes der Sowjetrepublik Usbekistan in Zentralasien verhaftet worden sind, weil sie im Dienste der Gegenrevolution gestanden haben sollen. Als verhaftet werden auch der Vorsitzende des Gerichtes und der oberste Staatsanwalt, beide Träger russischer und nicht usbekischer Namen, ferner sechs Untersuchungsrichter und elf Rechtsanwälte genannt.

In der kaukasischen Stadt Suchum wurde auf der Strasse der Leiter der Organisationsabteilung der südrussischen kommunistischen Partei, Patulia, ermordet. Der Täter ist geflüchtet, achtzehn Personen wurden verhaftet.

SPD. Im Reichstag ist eine Interpellation eingebracht worden, in der gesagt wird, dass sich noch ein letzter deutscher Kriegsgefangener in der Strafkolonie Cayenne in französischer Gefangenschaft befindet. Er heisst Alfons Emil Paul Schwartz und ist von einem französischen Kriegsgericht wegen Waffentragens gegen Frankreich zu lebenslänglicher Deportation verurteilt worden.

Diese Verurteilung, so heisst es in der Interpellation weiter, sei lediglich erfolgt, weil Schwartz, der als Elsässer nach deutschem Gesetz als deutscher Staatsangehöriger anzusehen sei, genau so wie alle seine anderen Kameraden den Krieg auf deutscher Seite mitgemacht habe. Die Verurteilung sei darauf zurückzuführen, dass das französische Staatsangehörigkeitsgesetz im Gegensatz zum deutschen Staatsangehörigkeitsgesetz die Bestimmung enthalte, dass Söhne von Ausländern zu Franzosen werden, wenn die Geburt in zwei Generationen auf französischem Gebiet stattgefunden habe. Schwarz sei im Februar 1919 an seinem Wohnsitz in Kehl verhaftet und während der Waffenstillstandszeit noch nach Frankreich gebracht und vor das Kriegsgericht gestellt worden. Die Reichsregierung wird schliesslich gefragt, was sie zu tun gedenke, um Schwartz, der jahrelang auf der Teufelsinsel gesessen habe und jetzt nach der Strafkolonie Guyana geschafft worden sei, also insgesamt schon zwölf Jahre Freiheitsstrafe verbüsst habe, endlich wieder die Freiheit zu verschaffen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Blößen

ERSCHEINT NACHBEDARF

Goldmacher Hitler.

SPD. Es soll niemand sagen, dass Hitler nichts zugelernt hätte! Die Zeiten sind vorbei, in denen er und die Seinen sich mit Leuten vom Schlage des Goldmachers Tausend abgegeben haben, um sich die nötige Munition in ihre Kriegskasse zu beschaffen. Er hat inzwischen gelernt, dass Gold auf ganz anderem Wege gemacht wird, als in der chemischen Retorte, und er hat die neu erlernte Kunst mit Virtuosität gehandhabt. Steht nicht in München als deutliches Symbol seiner Tüchtigkeit als moderner Goldmacher das braune Haus seiner Partei, jener Palast der Millionenbeträge verschlungen haben soll! Was sind die Schlösser des Herrn Tausend gegen das Palais des Herrn Hitler. Tausend war ein armseliger Stümper, er hat auf die Dummheit einiger weniger spekuliert, Hitler aber ist sein Meister, seine chemische Retorte ist die Dummheit von Millionen! Und wenn gar noch die Spekulation auf die reaktionären Instinkte der Scharfmacher und der Bank- und Börsenfürsten hinzutritt, so muss die Spekulation goldene Berge hervorbringen.

Wer die Hitlerpartei nur politisch nimmt, begeht einen grossen Fehler. Sie ist nebenher eine der grosszügigsten Schröpfungsanstalten, die es jemals gegeben hat. Nicht nur die Grossen um Hitler betreiben das Geschäft, sondern auch die Kleinen von den Seinen. Man liest im "Angriff" das folgende Inserat: "Teilhaber gesucht zur Herausgabe einiger hochaktueller Broschüren, Schutzmassnahmen gegen die Wirtschaft und Währungskatastrophe, die Lösung der sozialen Frage durch den Nationalsozialismus usw.. Erforderlich sind mindestens 2000 Mark, Verdienstmöglichkeit selbst bei nur einigermaßen Absatz etwa 50 - 100 000 Mark.

Mit 2000 Mark hunderttausend Mark zu verdienen, das schlägt alle Künste des Herrn Tausend. Hundert solcher Fischzüge würden 10 Millionen Mark einbringen, die das Heer der Dummen in Deutschland in die Kassen der nationalsozialistischen Goldmacher liefert. Das ist die wahre moderne Alchimie!

Aber der Krug geht solange zum Wasser, bis er bricht, und selbst die moderne Alchimie findet ihr Ende. Herr Tausend sitzt hinter schwedischen Gardinen, und Herr Hitler erkennt mit Erstaunen, dass der Geldstrom dünner zu werden beginnt. Die Dreistigkeit seiner Schröpfungsverfahren hat den Grad der Dummheit seiner Opfer überschritten und das ist der Punkt, an dem schliesslich jeder Goldmacher scheitern muss!

Der Hass gegen Hugenberg.

Die Nationalsozialisten führen eine systematische, wenn auch vorsichtige Agitation gegen den Reichspräsidenten. Der Hakenkreuzpfarrer Münchmeyer hat letzthin im Löwenbräu-Keller in München geredet. Er versetzte dem Reichspräsidenten folgenden Nadelstich: "Als Hindenburg bezw. Ludendorff die Schlacht bei Tannenberg gewann". Die Versammlung hat den Angriff auf Hindenburg sehr wohl verstanden, sie gab ihrer Stimmung gegen den Reichspräsidenten in stürmischem Beifall Ausdruck.

In einer Versammlung in Berlin sprach der Nationalsozialist Dr. v. Leers. Er sagte, dass im Gefolge der Notverordnung die Nationalsozialisten in diesen Tagen einen ganz deutlichen Schlusstrich unter das Verhältnis mit Hindenburg gezogen hätten. Viele Deutsche würden heute ein ihnen liebgewordenes Bild aus ihren Wohnungen entfernen. Auch hier unterstrichen die Nationalsozialisten die Kampfansage gegen Hindenburg mit demonstrativem Beifall.

Es bleibt nur noch die Frage zu beantworten, wem denn nun eigentlich die Nationalsozialisten im kommenden Frühjahr anstelle Hindenburgs für die Reichspräsidentschaft zu kandidieren gedenken. Doch nicht etwa Herrn Goebbels, oder vielleicht den Femeschuld oder den Fememörder Heines? Oder am Ende gar - Hugenberg ?

Wie sie kuschen.

Jene eigenartigen Beamten, die die Propaganda für die Hitlerpartei mit ihrem republikanischen Beamteneid glauben vereinbaren zu können, zeichnen sich bekanntlich durch grossen Mut aus. In Stolp in Pommern gehört ein mittlerer Postbeamter, namens Schacker zu den prominenten Hakenkreuzlern. Er sollte in einer öffentlichen Versammlung der Hitlerpartei auftreten, aber siehe da, er liess seine Parteigenossen im Stich. Der Grund seiner Verhinderung bestand darin, dass ihm kurz zuvor eröffnet worden war, dass gegen ihn ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung eingeleitet werden würde, wenn er weiter wie zuvor seine Propaganda für die Hitlerpartei fortsetzen würde. Die Gesinnungstüchtigkeit dieser Art von Beamten hört da auf, wo das Interesse am Gelde der Republik beginnt. Sie lästern gerne gegen die Republik, aber sie sind um nichts in der Welt bereit, auf das Geld der Republik zu verzichten.

O Deutschland!

Zwischen Würzburg und Wertheim am Main verkehrt eine Kraftpostlinie. Beide Orte sind mit der Eisenbahn, die dem Flusslauf folgt, nur auf grossem Umwege und sehr umständlich verbunden. Die Autobuslinie ist daher das gegebene Verkehrsmittel zwischen beiden Städten. Jahrelang hat diese Linie ohne alle Weiterungen funktioniert - warum sollte sie auch nicht. Aber Wertheim ist badisch und Würzburg ist bayrisch, Wertheim gehört also zur Oberpostdirektion Karlsruhe und Würzburg zur Oberpostdirektion Würzburg. Beide Behörden mussten ihre Zuständigkeit zum Ausdruck bringen und sie haben sich über diese Autobuslinie auseinandergesetzt. Die Oberpostdirektion Würzburg lässt künftig nur noch die Strecke zwischen Würzburg und dem bayerischen Grenzort Neubrunn befahren, die Oberpostdirektion Karlsruhe die Strecke zwischen Wertheim und Neubrunn. Es könnte dem badischen Patriotismus der Wertheimer schaden, wenn sie im badischen Land in einem bayerischen Postauto sitzen müssen und die Würzburger könnten ihre weissblaue Gesinnung vergessen, wenn ein badischer Autobus über die Grenze fährt. Künftighin wird es also in Neubrunn zugehen, wie an einem Grenzort an der Reichsgrenze! Vor der bayerischen Landesgrenze macht der bayerische Autobus Halt, die Passagiere steigen aus, gehen zu Fuss über die Grenze und besteigen dort den badischen Autobus!

Wenn diese Entwicklung zur Reichseinheit in diesem Tempo weitergeht, dann wird man nächstens in Neubrunn quer über die Strasse einen Schlagbaum anbringen, diesseits und jenseits werden Mauthäuser aus dem Boden wachsen und wer die paar Kilometer zwischen Wertheim und Würzburg mit der Kraftpost fährt, wird dann an der badisch-bayerischen Grenze den Ruf der Zollbeamten vernehmen: "Hier Landesgrenze, alles aussteigen, haben sie nichts zu verzollen?" Wir hatten bisher immer geglaubt, wir hätten eine Reichspost!

Auch ein Beamter!

Auf der Heidelberger Strassenbahn liess ein Kontrolleur, der einen Herrn mit einem ungültigen Fahrschein feststellte, den Betroffenen den doppelten Fahrpreis entrichten. Als der Herr ausgestiegen war, erzählte ein spasshafter Fahrgast dem Kontrolleur, das sei der Prinz Rupprecht von Bayern gewesen. Der Herr Kontrolleur schrieb eine Meldung, in der er sich bei seinem Vorgesetzten entschuldigte, er habe es nicht gewusst, dass dies "Seine Majestät der Prinz von Bayern" gewesen wäre. Das Untertanentum ist manchen Leuten nicht auszutreiben!

Aus aller Welt

Die eine neue Heimat suchen....

In der Auswanderungs-Beratungsstelle - Schlechte Aussichten - Länder mit "begrenzten Möglichkeiten".

SPD. Als nach dem Frieden von Versailles sich die deutschen Grenzen wieder öffneten, begann auch der Strom der deutschen Auswanderung mächtig anzuschwellen. Es ist selten Abenteuerlust, die heute Tausende von Deutschen zum Verlassen ihres Vaterlandes bewegt. All die Menschen, die auf der Auswanderungs-Beratungsstelle erscheinen, mit sorgenvollen abgehetzten Gesichtern, mit hundert ängstlichen Fragen auf den Lippen, sie sehen in der Auswanderung die letzte aller Möglichkeiten zu einem neuen Dasein, einer wirtschaftlichen Existenz.

Tragödien im Weltzimmer.

Es kommen junge Menschen mit breiten Schultern und frischen Gesichtern, Arbeiter und Angestellte, die immer wieder versichern, dass "sie es schon schaffen werden", die alle Entbehrungen in Kauf nehmen wollen - wie die beiden Angestellten, die sich mühsam nach und nach 1 000 Mark gespart haben, um als Ansiedler in den Urwäldern Paraguays ihr Glück zu suchen. Es kommen Familienväter, Handwerker, Industrie- und Landarbeiter, die sich nicht abweisen lassen und immer noch einmal verzweifelt fragen, ob es denn gar keine Möglichkeit, gar keine Chance für sie gibt. Nach dem ungelerten Arbeiter betritt der Arzt, der Landwirt und der Kaufmann das Beratungszimmer - manche Tragödie spielt sich zwischen seinen Wänden ab, die hell und bunt mit Landkarten besteckt sind und den Büroraum zum Weltzimmer machen. Es können keine grossen Hoffnungen gemacht werden. "Was soll man da machen?" fragt ein arbeitsloser Elektromonteur, der acht Jahre als Schiffsmaschinist fuhr und nun wieder zur See will: Hamburg und Bremen seien nur noch grosse Schiffsfriedhöfe; nun möchte er nach Südafrika gehen, als Mechaniker auf eine Farm. Doch die Unterlagen, die den Beratern vorliegen, lassen die Möglichkeit einer Anstellung augenblicklich aussichtslos erscheinen: die Mehrzahl der südafrikanischen Farmer und Pflanzler kämpft schwer um ihre wirtschaftliche Existenz.

Wie ihm ergeht es vielen. Denn man muss ihnen immer wieder sagen, dass alle Einwanderungsländer, die bisher Deutsche aufnahmen, durch die Weltwirtschaftskrise zur Drosselung der Einwanderung gezwungen wurden, und ihre Grenzen durch strenge Vorschriften abriegeln. "Und das ist", meint der Leiter der Beratungsstelle, "auch der Grund, weshalb die deutsche Auswanderung von Jahr zu Jahr zurückgeht." Nicht etwa ein Nachlassen des Auswanderungswillens, sondern lediglich die Sperrmassnahmen der Einwanderungsländer verringern ihre Zahlen. Im Jahre 1919 hatte Deutschland 3 000 Auswanderer, in den folgenden Jahren steigt die Ziffer und erreicht in dem Inflationsjahr 1923 ihren höchsten Stand mit 115 000 deutschen Auswanderern. Seitdem sinken die Zahlen der deutschen Auswanderung beständig.

Verriegelte Grenzen.

Trotzdem ist es immer noch ein breiter Menschenstrom, der Jahr um Jahr Deutschland verlässt. Ueber seine Zusammensetzung gibt die Statistik Auskunft: Bei den Auswanderern im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres stellte Preussen mit 8 900 das grösste Kontingent. Es folgen Bayern mit 3 500, Württemberg mit 1 700, Baden und Hamburg mit je 1 100 Auswanderern. In den Rest teilen sich die übrigen deutschen Länder.

Wo fanden sie die neue Heimat? Den ueberwiegenden Teil der deutschen Aus-

wanderer, nämlich 77,8%, nahmen die Vereinigten Staaten auf. 4 000 Deutsche zogen nach Kanada, 3 000 liessen sich in Argentinien, 1 500 in Brasilien nieder. Der Rest verstreute sich in der ganzen Welt, soweit sie sich ihnen nicht verschloss. Denn in vielen Ländern, beispielsweise in England, Frankreich, Belgien, Polen und in ihren Kolonien, ist die deutsche Einwanderung unerwünscht, zum Teil verboten, im übrigen durch lästige Bestimmungen erschwert.

Wo sind nun die Chancen für die auswandernden Deutschen? Die von der Arbeitslosigkeit am meisten heimgesuchten Länder Europas bieten sie ihnen nicht. Aber auch Amerika ist längst nicht mehr das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. In Kanada wünscht man im allgemeinen nur die Einwanderung von Landarbeitern und Dienstboten; es sei denn, dass der Einwanderer genügend Kapital zur selbständigen Ansiedlung besitzt. Auch in Mexiko heisst es: feste Anstellung oder ausreichendes Kapital. Von den südamerikanischen Staaten sind Argentinien, Brasilien, Chile und Paraguay für deutsche Auswanderer in beschränkter Masse aufnahmefähig. Australien braucht an sich Landarbeiter, die schwerste körperliche Arbeit gewöhnt sind, ist aber augenblicklich gesättigt und lässt niemanden ins Land. So müssen vielen Besuchern dieser Beratungsstelle Illusionen unbarmherzig zerstört werden. Es gibt nirgends mehr das gelobte Land, in dem man sich ein beliebig grosses Stück herrenlosen Bodens aneignet, und dem Auswanderungswilligen fehlt es immer wieder am allernötigsten: am Geld.

"Tu Geld in Deinen Beutel".

Schon die Reise erfordert einen grossen Teil der vorhandenen Mittel, dazu verlangen viele Länder die Hinterlegung einer grösseren Garantiesumme. Der Traum der Meisten, ist die Ansiedlung auf eigenem Boden. 3 000 Mark sind beispielsweise das Allermindeste für eine Ansiedlung im brasilianischen Urwald. In Mexiko werden schon 10 bis 15 000 Mark gebraucht, in Südafrika gar 20 bis 40 000 Mark. Aber nicht nur Geld muss der Auswanderer mitbringen - auch einen gesunden, widerstandsfähigen Körper, die Fähigkeit, jahrelang hart zu arbeiten und der Verzichtwille auf alle Annehmlichkeiten und Erleichterungen, an die der europäische Kulturmensch gewöhnt ist. Vorgelegte Photos von Ansiedlern im südamerikanischen Urwaldgebiet zeigen primitive Häuser, Menschen, die wie Tiere schufteten - und geben mehr als alle Worte einen Begriff von dem harten Leben, das den deutschen Auswanderer in Uebersee erwartet.

Und wie ist es mit dem Auswanderer, der kein Kapital zu selbständiger Siedlung mitbringt? Hier bieten sich freilich dem vielseitigen Handwerker eher Möglichkeiten des Fortkommens als dem ungelernten, der im heissen Klima schwere körperliche Arbeit nicht aushält und ausserstande ist, mit der bedürfnislosen Eingeborenenbevölkerung zu konkurrieren. Aber auch der tüchtige deutsche Facharbeiter muss damit rechnen, von den inländischen Kräften verdrängt zu werden.

"Raum für Alle hat die Erde!"

"Man muss immer wieder den Auswanderungswilligen vor allzu grossen Hoffnungen warnen. Ja, in vielen Fällen", meint der Leiter der Auswanderungsberatungsstelle, "wird ihm die Auswanderung statt der erwünschten Verbesserung eine Verschlechterung seiner Lage bringen". Die Zeiten also, in denen die Siedler unbeschwert nach dem wilden Westen zogen, der Freiheit und einem neuen Leben entgegen, sind vorüber. Zwar, so rechnet die Wissenschaft, können 200 Milliarden Menschen auf der Erde leben, aber das ist eine Theorie, der heute eine wahrhaft düstere Praxis gegenübersteht.

P.

+ + +

Motorradkatastrophe. Am Dienstag ereignete sich auf der Chaussee Altefähr-Bergen (Rügen) ein schweres Motorradunglück. Zwischen Rambin und Altefähr stürzte der Motorradfahrer Behm aus Scharbe so unglücklich, dass er auf der Stelle tot war. Die Mitfahrerin, seine Frau, erlitt schwere Verletzungen und musste ins Krankenhaus Bergen übergeführt werden.

+ + +

Winter ohne Ende. Im nördlichen Skandinavien herrscht noch immer ungewöhnlich strenges Winterwetter. So wurde die nordschwedische Provinz Norrbotten am Dienstag wieder von schweren Schneestürmen heimgesucht. Fast der gesamte Verkehr ist lahmgelegt.

+ + +
Drama des Nordens. Bei Docksmyr (Nordschweden) fuhr der Lappland-Express auf eine die Gleise überschreitende Renntierherde auf. Fünfundsiebzig Tiere wurden getötet.

+ + +
Expresszug-Attentat. Durch ein Attentat wurde der indische Expresszug Delhi-Simla bei Kalka zur Entgleisung gebracht. Mehrere Wagen stürzten um, einige Personen wurden verletzt.

+ + +
Betrügerische Fleischergesellen. Am Dienstag wurden von der Berliner Kriminalpolizei zwei Fleischergesellen und ein Arbeiter verhaftet, die gestanden, im Laufe des letzten Jahres aus dem Besitz einer Berliner Fleischwarengrosshandlung für 30 000 Mark Fleischwaren gestohlen und weiterverkauft zu haben.

+ + +
Traurige Osterbilanz. In Frankreich sind an den beiden Osterfeiertagen durch Automobilunfälle 21 Personen getötet und 81 verletzt worden.

+ + +
Die Stadt des Eheglücks. In Roubaix feierten am Montag zwei Ehepaare das seltene Fest der diamantenen und zehn Ehepaare das Fest der goldenen Hochzeit. Im Rathaus wurde den Jubilaren ein feierlicher Empfang bereitet.

+ + +
Fritz Klarr verhaftet! Der von der Berliner Kriminalpolizei steckbrieflich verfolgte Oberbuchhalter bei der Deutschen Allgemeinen Versicherungsgesellschaft, Klarr, der der Veruntreuung von etwa 100 000 Mark beschuldigt wird, konnte in Mährisch-Ostrau (Tschechoslowakei) verhaftet werden.

+ + +
Neue Harz-Talsperre. In der Nähe von Bad Lauterberg beginnen in diesen Tagen die Arbeiten an der Errichtung der Oker-Talsperre. Der Bau, der in drei Jahren fertiggestellt sein wird, kostet etwa 11 Millionen Mark. Er gibt ungefähr 1000 Arbeitern Beschäftigung.

+ + +
Beschlagnahme Wahrheit. Magnus Hirschfelds "Sittengeschichte des Weltkriegs" verfiel in Budapest der Beschlagnahme.

+ + +
Im Orkan gesunken. Während eines orkanartigen Schneesturms sank in der Nordsee das norwegische Walfangschiff "Bouvet". Die Mannschaft wurde gerettet.

+ + +
Tauchversuche des "Nautilus". Zwischen Portsmouth und New Hampshire an der nordamerikanischen Küste unternahm der Nordpolflieger Wilkins am Dienstag die ersten Tauchversuche mit dem für die Polarfahrt bestimmten U-Boot "Nautilus"; die Besatzung bestand aus 80 Mann und 8 Offizieren. Die Probefahrt, bei der das Schiff 336 Fuss tief unter die Meeresfläche sank, dauerte drei Stunden und verlief zur allgemeinen Zufriedenheit.

+ + +
Naturkatastrophe. Am Alpacher See (Schweiz) ereignete sich eine Felssturz-Katastrophe. Ueber 30 000 Kubikmeter Fels stürzten in den See. Eine Anzahl Schiffe wurden durch den starken Wellenschlag, der sich bis auf zwei Kilometer Entfernung auswirkte, schwer beschädigt.



Verschärfte Versicherungsaufsicht.

(Bausparkassen und Abonnentenversicherung)

SPD. Das Gesetz über Neuregelung der Staatsaufsicht über die Privatversicherungsunternehmungen tritt für die Versicherungsunternehmungen am 1. April in Kraft. Für die Bausparkassen wird das Gesetz erst am 1. Oktober wirksam.

Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf hat in der Öffentlichkeit starke und berechtigte Kritik gefunden. Leider hat der Reichstag nur wenig Änderungen vorgenommen. Die wichtigsten sind folgende :

Die Unterstützungseinrichtungen der Berufsverbände fallen nicht unter die staatliche Beaufsichtigung. Das ist eine für die Gewerkschaften sehr wichtige Sicherung ihres Unterstützungswesens. Andererseits werden die Transport- und die Rückversicherung zwar nicht generell der Aufsicht unterstellt, aber der Reichswirtschaftsminister erhält die Ermächtigung, mit Zustimmung des Reichsrats die Beaufsichtigung anzuordnen. Hoffentlich macht das Reichswirtschaftsministerium von dieser Anordnung möglichst bald Gebrauch. Ebenso wird durch eine neue Bestimmung die Linbeziehung der Abonnentenversicherung in die Aufsicht ausser Zweifel gestellt.

Erfreulich ist weiterhin, dass es gelungen ist, eine soziale Schutzklausel bei Fusionen durchzusetzen. Danach darf die Genehmigung von Fusionen versagt werden, wenn die sozialen Belange der Angestellten der fusionierenden Unternehmungen nicht ausreichend gemäss den Anordnungen der Aufsichtsbehörden gewährleistet sind.

Die Prüfungsbestimmungen für die Versicherungsunternehmungen wurden nur insoweit verschärft, als die Pflichtprüfungen des Reichsaufsichtsamtes wenn möglich unvermutet vorgenommen werden sollen. Diese Verschärfung verliert allerdings dadurch sehr an Wert, dass es dem Reichsaufsichtsamt, wie bereits im Entwurf vorgesehen, gestattet werden soll, seine Pflichtprüfung mit der Pflichtprüfung der Gesellschaften selbst zu verbinden.

An den materiellen Vorschriften wurde schliesslich noch eine wichtige Ergänzung vorgenommen: Die Aufsichtsbehörde kann die Verbindung von Darlehensgeschäften und Versicherungsabschlüssen untersagen, soweit die Versicherungssumme den Darlehensbetrag übersteigt. Damit wird endlich einem Missbrauch gesteuert, den viele Versicherungsgesellschaften mit ihrer Macht als Geldgeber getrieben haben.

Viel weniger befriedigend ist die Tätigkeit des Reichstags in der Frage der Bausparkassenaufsicht gewesen. Man war sich zwar im Reichstag darüber einig dass die Misstände, die im Bausparkassenwesen eingerissen sind, den Staat zu schärfster Wachsamkeit zwingen. Trotzdem konnte man sich aber nicht dazu entschliessen, eine materielle Regelung der Geschäfte, die den Bausparkassen erlaubt sein sollen, vorzunehmen. Alle entsprechenden Vorschläge des Reichswirtschaftsministeriums, die auf Anregungen des Reichswirtschaftsrats zurückgingen, sind unberücksichtigt geblieben, obwohl es nach den trüben Erfahrungen, die im Bausparkassenwesen bereits gesammelt worden sind, wirklich schon möglich und notwendig wäre, derartige materielle Vorschriften zu erlassen. Der Reichstag hat in das Gesetz lediglich eine Bilanzierungsvorschrift für die Bausparkassen und eine Strafverschärfung eingefügt.

Die wichtigsten Bestimmungen der neuen Regelung der Versicherungs- und

Bausparkassenaufsicht sind nunmehr folgende :

1.) Der Kreis der aufsichtspflichtigen und im wesentlichen dem Reichsaufsichtsamt unterstehenden Unternehmungen wurde auf einige weitere Zweige der Privatversicherung (Abonnenten-, Fahrrad- und Kraftfahrzeugversicherung) sowie auf sämtliche privaten Bausparkassen ausgedehnt.

2.) Sämtlichen grösseren Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen werden in Vorwegnahme der Reform des Aktienrechts regelmässige jährliche Pflichtprüfungen vorgeschrieben. Ausserdem werden die Lebensversicherungsgesellschaften zur Bestellung eines Treuhänders für ihre gebundenen Vermögensanlagen und die Bausparkassen zur Bestellung eines Vertrauensmannes zur Ueberwachung der Zuteilung der Darlehen an die Bausparer verpflichtet.

3.) Darüber hinaus hat die Aufsichtsbehörde mindestens einmal in fünf Jahren sämtliche grösseren Versicherungsgesellschaften und Bausparkassen zu revidieren.

4.) Die Vorschriften über die gebundenen Vermögensanlagen bei Lebensversicherungsgesellschaften wurden verschärft. (Verbot der Anlage in Aktien).

5.) Die Beteiligung von Versicherungsgesellschaften an nichtbeaufsichtigten Unternehmungen kann verboten oder unter die Ueberwachung der Aufsichtsbehörden gestellt werden.

6.) Bei Fusionierungen von Versicherungsgesellschaften sind die sozialen Belange der Angestellten zu wahren.

7.) Den Bausparkassen werden bestimmte Unternehmungsformen vorgeschrieben, vor allem wird ihnen die Genossenschaftsform verboten, soweit das Reichsaufsichtsamt nicht für bereits bestehende Bausparkassen Ausnahmen zulässt.

8.) Den Bausparkassen werden genaue Vorschriften darüber gemacht, über welche Bedingungen sie in ihren Geschäftsplänen Aufschluss zu geben haben, um eine Irreführung der Bausparinteressenten vorzubeugen.

Es ist zu begrüessen, dass endlich nach den schlimmen Erfahrungen, die auf dem Gebiet des Versicherungswesens und des Bausparkassenwesens gemacht wurden, eine neue Regelung der Staatsaufsicht vorgenommen wird, die für die Versicherungsunternehmungen wesentliche Verschärfungen enthält und das Bausparkassenwesen erstmals der staatlichen Aufsicht unterwirft. Das neue Gesetz ist wieder einmal ein Beweis dafür, dass es mir der viel gepriesenen Selbststeuerung der kapitalistischen Wirtschaft nicht sehr weit her ist. Der Staat darf eben die kapitalistische Privatwirtschaft nicht einfach sich selbst überlassen, ohne dass die schwersten Schäden für die Gesamtwirtschaft in Kauf genommen werden müssen. In dem neuen Gesetz haben wir den Beweis dafür zu erblicken, dass diese Erkenntnis von der Notwendigkeit der Kontrolle über die Wirtschaft sich unter dem unbarmherzigen Zwang der wirtschaftlichen Entwicklung auch in den bürgerlichen Parteien immer stärker durchsetzt.

Bedauerlich ist nur, dass das neue Gesetz noch viele Lücken offen lässt. Es werden erst weitere bittere Erfahrungen gemacht werden müssen, um die Einsicht zu verbreiten, dass auch diese Lücken noch geschlossen werden müssen, wenn die Staatsaufsicht über die Privatversicherung und über das Bausparkassenwesen zuverlässig funktionieren soll.

SPD. Die Weltgetreidekonferenz in Rom hat noch vor Ostern ihre Arbeiten beenden können. Aus den komplizierten Verhandlungen ist der Beschluss herausgekommen, eine neue Konferenz einzuberufen.

Die Konferenz in Rom fiel mit einer Verschärfung der Lage an den Getreidemärkten zusammen. Sie ging von der Ankündigung des nordamerikanischen Bundesfarmamtes aus, die Stützungsaufkäufe mit dem Ablauf des alten Erntejahres einzustellen. Man musste mit diesem Beschluss schon aus dem Grunde rechnen, weil man in Nordamerika mit dem besten Willen keine Lagerräume für den Weizen auf-treiben kann, den die Regierung aufkaufen soll und den die neue Ernte bringen wird. Und doch hat der Beschluss des Bundesfarmamtes, die Stützungaktion zu

beenden, an den Märkten zu einer fürchterlichen Nervenkrise geführt. Dazu trug bei, dass die Getreideüberschussgebiete auf der nördlichen Halbkugel eine gute Wetterlage haben und der Saatenstand im allgemeinen günstig und sogar gut beurteilt wird. Ausserdem sind die Vorräte fast überall weiter gewachsen. Hinsichtlich des Saatenstandes sieht es in Europa nicht so gut aus. Das ausserordentlich späte Frühjahr mit seinen kalt bleibenden Nächten bei immer wärmer werdenden Tagen scheint die Saat doch hier und da schwer geschädigt zu haben. In Deutschland z.B. steht die Saat im besten Falle etwa durchschnittlich in Frankreich wohl noch schlechter. Aber der Verbrauch ist in Europa durch Zollmassnahmen und Wirtschaftskrise in unerhörter Weise gedrosselt worden. So bleibt den Exportüberschüssen in Uebersee, also in der Hauptsache in Nordamerika und Kanada, der Ausfuhrkanal nach Europa verstopft. Das hat bei der internationalen Getreidekonferenz in Rom den Gegensatz zwischen den überseeischen Ueberschussgebieten und den europäischen Zuschussgebieten arg verschärft. Dieser Gegensatz stand aber in der Hauptsache auf der Tagesordnung. Hinsichtlich der mehr europäischen Probleme kam man zu materiellen Ergebnissen.

So nahm die Schlussversammlung zwar Anregungen, die sich auf Vorzugszölle für die Donaugetreideländer beziehen, an. Damit ist aber der Widerstand der überseeischen Länder gegen die europäischen Vorzugszölle noch nicht endgültig gebrochen; es zeigte sich höchstens Entgegenkommen für Einzelverhandlungen von Fall zu Fall. Angenommen wurden auch die Anregungen, die auf eine Organisation der Getreideerzeugung, des weltgetreidehandels und auf die Bereitstellung kurzfristiger Landwirtschaftskredite hinzielen. Eine Beschränkung der Getreideanbaufläche wurde dagegen abgelehnt. Im übrigen bleibt es bei dem Beschluss, eine Sonderkonferenz für die überseeischen Ausfuhrstaaten und für die europäischen Zuschussländer einzuberufen. Sie soll im Mai in London stattfinden und zu einer endgültigen Verständigung führen.

Eine besondere Rolle hat die Sowjetdelegation auf der internationalen Getreidekonferenz in Rom gespielt. Anfangs erklärte sie, dass sie sich als durchaus souverän betrachte und sich keinem Beschluss fügen werde, der nicht ihre Zustimmung erhalte. Es blieb bei den grossen Worten. Die Sowjetdelegation hat hier und da wohl Einwendungen gemacht, was den Verlauf der Konferenz nicht berührte. An der Konferenz in London werden die Russen teilnehmen.

SPD. Auf dem Ostern in Magdeburg abgehaltenen preussischen Mietertag beschäftigte sich der Landesverbandsvorsitzende Dzieyk in der Hauptsache mit der mieterpolitischen Lage und den Forderungen der Mieterschaft. Dzieyk ging besonders auf die durch die Notverordnung eingetretenen Verschlechterungen ein und forderte ein soziales Mietrecht als Dauerrecht für alle Zukunft.

Angenommen wurden 4 Entschliessungen. Die eine fordert die Zurückführung der überhöhten Mieten für Wohn- und Gewerberäume auf den Vorkriegsstand. Für Preussen sei die Mietssenkung besonders dringlich, weil dem Hausbesitz durch den für Preussen geltenden Veranlagungsmodus alljährlich mehrere hundert Millionen Mark Zwischengewinne zugeführt werden, die der Staat im Interesse der steuerlichen Gerechtigkeit zur Mietssenkung verwenden müsste. Die heutigen Alt- und Neubaumieten seien für weite Kreise der Bevölkerung nicht mehr tragbar und bedrohten die notwendige Ernährung in bedenklicher Weise. In der zweiten Entschliessung wird festgestellt, dass durch die Aufhebung der Bestimmungen des Wohnungsmangelgesetzes für Gemeinden unter 15 000 Einwohnern die Mieter bei Neuvermietungen überhaupt keinen Mieterschutz mehr geniessen und willkürlichen Mietpreistreibereien ausgesetzt sind. Der Mieterschutz müsse bei Neuvermietungen (Alt- und Neubauwohnung) im vollen Umfang wieder hergestellt und das System der Mietberechtigungskarte wieder aufgehoben werden. In der dritten Entschliessung wird gefordert, dass die Hauszinssteuer nur zu Zwecken des Wohnungsbaus verwendet wird. Insbesondere sei es das preussische

System bei der Veranlagung der Hauszinststeuer, das dem Hausbesitz jährlich ungeheure Geschenke zuführe. Die letzte Entschliessung weist darauf hin, dass die Neubaumieter besonders darunter leiden, dass ihnen erhebliche Beträge in Form von Baukostenzuschüssen, Mieterdarlehen, Kauttionen usw. abgenommen werden deren Rückzahlung in keiner Weise gesichert sei. Diese Beträge würden vielmehr von den Bauherren als Eigenkapital verwendet und gingen vielfach verloren. Die Entschliessung ersucht die preussische Staatsregierung, dafür Sorge zu tragen, dass die von den Mietern in solchen Fällen eingezahlten Beträge unbedingt sichergestellt werden. Sie dürften auch bei einem finanziellen Zusammenbruch des Bauherrn nicht verloren gehen.

Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

SPD. Der Fehlbetrag im ordentlichen und ausserordentlichen Haushalt des Reichs macht für Ende Februar 1096 Millionen Mark aus.

Im ordentlichen Haushalt ergab sich für Februar 1931 eine Mehrausgabe von 156,1 Millionen Mark. Dadurch steigt das bereits vorhandene Defizit auf 883,8 Millionen Mark. Das aus den Vorjahren herrührende Defizit in Höhe von 465 Millionen ist auf Grund der Bestimmungen über die ausserordentliche Tilgung der schwebenden Schuld bis Februar 1931 abgedeckt worden.

Im ausserordentlichen Haushalt ergibt sich für Februar eine Mehreinnahme von 39 Millionen Mark, wodurch der Ueberschuss auf 559,6 Millionen steigt. Berücksichtigt man den Fehlbetrag aus dem Vorjahr in Höhe von 771,7 Millionen, so bleibt ein Fehlbetrag von 212,1 Millionen Mark.

Die schwebende Schuld hat sich in der Zeit von Januar bis Februar 1931 von 1662,4 auf 1580,4 Millionen vermindert.

SPD. Die Erzeugung von künstlichen Oelen (Kohlenöl nach deutschen Patenten) ist jetzt restlos zusammengefasst worden. Die Führung auf diesem Gebiet hatte die I.G. Farbenindustrie. Der Farbentrust verkaufte die Patente an das Ausland. Während die amerikanische Erzeugung bereits vor längerer Zeit durch die Standard Oil Co. (Rockefeller) und durch die I.G. Farbenindustrie in der Standard I.G. zusammengefasst werden konnte, kam die Annäherung in Europa weniger schnell in Fluss. Hier handelt es sich ausser der I.G. Farbenindustrie um die holländisch-englische Petroleumgesellschaft (Shell-Konzern) und den englischen Farbentrust (Imperial Chemical Industries). Jetzt ist die Verschmelzung durchgeführt worden und zwar wird die europäische Kohlenverflüssigung in einer Gesellschaft vereinigt, die den Namen Internationale Hydrogenation Patent Co. führt. Die Gesellschaft hat ihren Sitz im Ausland und zwar hat man ausgerechnet die Hauptstadt des Zwergfürstentums Liechtenstein, Vaduz, dafür gewählt. Ausserdem soll mit dem Sitz in Haag eine zweite Gesellschaft, die International Hydrogenation Engineering and Chemical Co. gegründet werden. Allem Anschein nach handelt es sich hier um eine Art wissenschaftliche Holding, die die Erfahrungen auf dem Gebiet der Kohlenhydrierung unter den Interessenten austauschen soll.

SPD. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924 bis 1926 = 100) stellt sich für die Woche vom 30. März bis 4. April 1931 auf 92,8 gegenüber 91,8 in der Vorwoche und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 89,1 (87,3), Gruppe Verarbeitende Industrie auf 82,3 (81,5) und Gruppe Handel und Verkehr auf 114,5 (113,6).

Fest geblieben.

(Berliner Getreidebörse vom 7. April)

SPD. Die Berliner Produktenbörse eröffnete am Dienstag in fester Haltung. Allerdings war die Geschäftstätigkeit recht eingeschränkt und grössere Kauf= lust wollte sich nicht recht entwickeln. Da aber das Angebot in promptem Brot= getreide unverändert klein blieb, konnten sich die Preise speziell für Roggen befestigen. Auch Weizen hatte gut stetige Tendenz. Am Markte der Zeitgeschäfte war die Umsatztätigkeit gleichfalls nur gering, jedoch ergaben sich hier eben= falls Preisgewinne von etwa 1 bis 1½ Mark. Das Mehlgeschäft stagnierte weiter. Kauflust zeigte sich bei unveränderten Forderungen der Mühlen nirgends. Hafer hatte gut stetige Tendenz. Verschiedentlich konnten Preisgewinne von etwa 1 bis 1½ Mark festgestellt werden.

	4. April	7. April
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	285 - 287	288 - 290
Roggen	183 - 185	187 - 189
Braugerste	228 - 240	229 - 240
Futter= und Industriergerste	210 - 227	212 - 228
Hafer	163 - 167	167 - 171
Weizenmehl	34,75 - 40,50	34,75 - 40,50
Roggenmehl	26,25 - 29,25	26,50 - 29,50
Weizenkleie	13,30 - 13,60	13,30 - 13,60
Roggenkleie	13,00 - 13,25	13,10 - 13,40.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 303½ - 304 (Donnerstag: 303¼-303) Juli 301¼-301½ (301), September 256 - 257 (254¼-255½), Roggen Mai 202½-203¼ (202½-202¼), Juli 199½-200½ (199¼-199½ Brief), September 189½ und Geld (188 und Brief). Hafer Mai 182-182¼ (180-und Geld), Juli 192 (190 und Brief). September - (-).

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RH	0,60	-	0,70
" " Weizenstroh "	RH	0,60	-	0,70
" " Haferstroh "	RH	0,55	-	0,75
" " Gerstenstroh "	RH	0,55	-	0,70
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	RH	0,80	-	1,05
Bindfadengepresstes Roggenstroh	RH	0,65	-	0,80
" " Weizenstroh	RH	0,55	-	0,70
Häcksel				Tendenz stetig
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	RH	1,35	-	1,55
Gutes Heu, gesund und trocken	RH	1,90	-	2,30
Luzerne, lose	RH	2,80	-	3,05
Thymothee, lose	RH	2,95	-	3,30
Kleeheu, lose	RH	2,65	-	3,15
Mielitz=Heu, lose, rein (Warthe)	RH	1,65	-	1,85
" " " " (Havel)	RH	1,25	-	1,50
Drahtrepresstes Heu	RH	0,30	über	Notiz

Tendenz stetig.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Der grosse Betrug.

Auch Nazilügen haben kurze Beine.

SPD. "Betrug aber ist es, wenn München vor einigen Wochen den Entwurf eines Wirtschaftsprogramms herausbrachte, den man bis heute wohlweislich der Parteigenossenschaft vorenthalten hat, weil das Programm für die deutsche Arbeiterschaft für die Lösung der sozialen Fragen weniger enthielt als etwa das Programm der Staatspartei". Mit diesen Worten beleuchtet Hauptmann Stennes, der Führer der neuesten Rebellion gegen den Nazihauptling Hitler den Zusammenbruch des grossen Betrugs, der an der deutschen Arbeiterschaft verübt werden sollte.

Hitler ist in Nöten. Seit dem fürchterlichen Reinfall des nationalsozialistischen Parteitheoretikers Feder im Reichstag und in der öffentlichen Diskussion ist er auf der Suche nach einem Wirtschaftsprogramm. Die Protektoren des Nationalismus im Unternehmerlager, d.h. die Geldgeber Hitlers, verlangen eine Reinigung der Partei vor allem, was die Nach- und Mitläufer mit dem Sozialismus - vielleicht bekannt machen könnte; denn es sind ja schon manche Leute zum Sozialismus bekehrt worden, nachdem sie wenigstens mit ihm und wenn auch nur durch seine Feinde in Berührung kamen. Diese Reinigung der Partei von allem, was irgendwie indirekt eines Tages dem Sozialismus wieder zunutzen kommen könnte, ist aber nicht so einfach. Mit dem bisherigen Programm der Programmlosigkeit konnte der Nationalsozialismus leicht hantieren. Anders liegen die Dinge, wenn vor aller Welt eine offen antisozialistische Einstellung proklamiert und dennoch der bisher von einer völlig hemmungslosen und verlogenen Demagogie an der Nase herumgeführte Mitläufer bei der Stange gehalten werden soll. Herr Hitler wird die "Geister", die er gerufen hat, so schnell und so leicht nicht los. Mit Hinauswürfen aus der Partei kommt er um die Schwierigkeiten nicht herum. Der Fuchs steckt im Eisen.

Lügen - auch Nazilügen haben eben immer noch kurze Beine. Um bei der Arbeiterschaft Fuss fassen zu können, haben die Nationalsozialisten nach kommunistischem Vorbild systematisch überradikale Töne angeschlagen, und unvorsichtige Leute ihres Lagers haben zuweilen selbst offen eingestanden, warum die taktische Schwenkung in der Streik- und Gewerkschaftsfrage seinerzeit vorgenommen worden ist. Erst vor kurzem hat in Sachsen ein Naziorgan, eine Jugendzeitschrift, die "Fanfare", wieder einmal aus der Schule geplaudert. Sie hat in einem Artikel "Gewerkschaften und Jugendarbeit" treuherzig verraten, dass es in Deutschland ebenso gemacht werden müsse wie in Italien, wo Mussolini durch Scheinradikalismus den sozialistischen Gewerkschaften das Wasser abgegraben habe.

Wie die Kommunisten so haben die Nazis in ihrer rein demagogischen Schmutzkonzurrenz gegen die Gewerkschaften Erstaunliches geleistet. Genau wie die RGO beschimpfen die Nazis die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer als Streikbrecher. Sie behaupten, die Gewerkschaftsbonzen zettelten nur dann immer einen Streik an, wenn sie schon im voraus wüssten, dass die Bewegung zusammenbrechen müsse. Mit den getrennt geführten Lohnkämpfen besorgten die Gewerkschaften nur die Geschäfte der Kapitalisten. Das einzig wirksame Mittel gegen den Lohnraub sei aber nur der Generalstreik. Zu diesem riefen jedoch die Bonzen nicht auf, weil dann ihre letzte Stunde geschlagen habe und weil dies ja auch eine Bankrotterklärung ihrer bisherigen Politik

wäre. Ausgerechnet die Nazis, die Kapitalknechte, denunzieren die von den Gewerkschaften geforderte Wirtschaftsdemokratie als gelbe Werksgemeinschaft. Sie erklären die Wirtschaftsdemokratie wie alles, was sie nicht deklinieren können, als "jüdischen Schwindel".

Das sind doch Mordskerle - diese "revolutionären" Nationalsozialisten. Ihnen gegenüber sind die "Gewerkschaftsbonzen" die reinsten Filzpantoffelpolitiker. Wirklich, die Kommunisten haben gelehrige Schüler gefunden. In der systematischen Lüge und Verleumdung stehen die Hitlerdemagogen unseren braven Kommunisten in nichts nach. Trotzdem haben jedoch auch sie bis jetzt bei der Arbeiterschaft kein Glück gehabt. Die Betriebsrätewahlen zeigen von Tag zu Tag deutlicher, dass die Arbeiter von den Nazis nichts wissen wollen.

Der freiorganisierte Arbeiterblock ist für die Nazis wie für die Kommunisten ein hoffnungsloses Objekt. Das Unternehmertum sieht das auch bereits allmählich ein, und die Folge davon ist der - Krach im Hitlerlager. Weder die Nazis noch die Kommunisten werden die freien Gewerkschaften beerben. Einstweilen scheinen zunächst die Kommunisten die Haupterben zu werden, wenn Hitlers Konkurs angemeldet wird. Aber auch nach der Kommunistenpleite werden die freien Gewerkschaften da sein. Wer zuletzt lacht, lacht am besten.

SPD. In der Textilindustrie haben die Kommunisten bei den Betriebsrätewahlen trotz Anwendung wildesten Terrors schlechte Geschäfte gemacht. So weit die vorliegenden Teilergebnisse einen Ueberblick gestatten, ist in fast allen Betrieben nur die Liste des Deutschen Textilarbeiterverbandes eingereicht und gewählt worden. Selbst in der einstmaligen kommunistischen Hochburg Pössneck kam keine RGO-Liste zustande. Sämtliche 48 Mandate entfallen auf den DTV. Wo die RGO mit eigenen Listen auftrat, ergaben sich folgende Resultate:

In Leipzig erhielt der DTV nach dem vorläufigen Gesamtergebnis 109 Mandate zum Betriebsrat, die RGO 22, die Nazis 2; bei der Firma Stöhr & Co. DTV 6 Mandate (im Vorjahr 6), RGO 3 (5). Blumenthal, Wollkämmerei: DTV 6 (6), RGO 5 (6), Berlin, Spindler A.G.: DTV 4 (4), RGO 6 (7), Limbach - seit Jahren kommunistische Hochburg - DTV 32 (29), RGO 18 (27), Nazi 7 (0).

Augsburg meldet, dass in 20 Grossbetrieben die RGO keine Listen aufzustellen vermochte. Erfolg hatte sie nur in der Stadtbach=Spinnerei, wo der DTV 6 (8) Mandate erhielt, während die RGO 4 (2) erzielte. Nach Abschluss der Wahlen in den 22 Grossbetrieben werden 174 freigewerkschaftlichen Arbeiterratsmitgliedern nur 6 bis 8 RGO=Leute gegenüberstehen. Gera hat bis jetzt folgendes vorläufiges Ergebnis aufzuweisen: DTV 70 Mandate, RGO 9; Bremen, Jute=spinnerei und =weberei: DTV 4 (2), RGO 7 (9); Mittweida, Baumwollspinnerei A.G.: DTV 6, RGO 1 Mandat; Chemnitz berichtet, dass die RGO in den meisten Betrieben keinen Einfluss gewonnen hat. Bei der Firma Siegmund Göritz erhielt der DTV 295 Stimmen, die RGO 28. Eisenach, Kammgarnspinnerei: DTV 8, RGO 3, Gelbe 1 Mandat. Wüstegiesdorf meldet aus 9 Betrieben mit 3 140 Beschäftigten: DTV 51 Mandate, Christen 6, Nazis 3, RGO 1. Kulmbach: in der werksvereinsfreundlichen Kulmbacher Spinnerei bei 1 220 Beschäftigten (gegenüber 1 423 im Vorjahr) DTV 10 Mandate (10), Stahlhelm 1 (2), RGO ohne Liste. In Landsberg machten die Kommunisten mächtige Anstrengungen, um in dem Grossbetriebe der Firma Bahr mit ca. 2000 Beschäftigten die Mehrheit des Betriebsrats zu erlangen. Sie trieben eine wüste Hetze und besudelten die Türen des Verbandsbüros. Das Ergebnis lautet: DTV 1453 Stimmen, 10 Mandate, RGO 188 Stimmen, 1 Mandat. Für die Zukunft dürfte in diesem Betrieb der RGO die Lust zu der Aufstellung einer eigenen Liste vergangen sein. -

Das vorläufige Gesamtbild zeigt, dass in der Textilindustrie sowohl RGO wie Nationalsozialisten bei der Arbeiterschaft trotz wildester Terrorisierungsversuche so gut wie abfielen.

SPD. In Norwegen ist in dem grossen industriellen Arbeitskonflikt trotz der Vermittlungsversuche der Regierung keine Entspannung eingetreten. Ein Fehlschlag in den Einigungsbestrebungen würde aller Voraussicht nach zu einer Aussperrung von rund 90 000 Arbeitern führen. Die Tarifentwürfe der Arbeitgeber enthalten vielfach sehr ernste Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

SPD. In Dänemark ist in dem seit langem schwebenden Tarifkonflikt, der rund 50 000 Arbeiter umfasst, allem Anschein nach der offene Kampf vermieden worden. Der Schiedsspruch ist von den Arbeitgebern und von der Mehrzahl der Arbeiterorganisationen angenommen worden; einzelne grössere Arbeiterorganisationen haben ihn abgelehnt. So verwarf der Verband der Schmiede- und Maschinenarbeiter mit 62 % der abgegebenen Stimmen den Vorschlag des Schlichters, an der Abstimmung nahmen jedoch nur 50 % der Verbandsmitglieder teil. Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern wurden, nachdem am Dienstag die Antworten der beiden Gruppen bei der staatlichen Schlichtungsstelle abgegeben waren, wieder aufgenommen.

SPD. Für das Strassenbaugewerbe Mitteldeutschlands wurde ein Schiedsspruch gefällt, der alles in allem einen Lohnabbau von 15,3 % vorsieht. Offen und brutal erklärte der Vorsitzende des Mitteldeutschen Unternehmerverbandes bei den Verhandlungen: "Die Zeit spricht heute für uns". Das ist richtig, aber die Zeiten ändern sich wieder, und dann wird man das Gedächtnis verschiedener Leute auffrischen müssen.

SPD. Das Brüsseler Zeitungsgewerbe ist von Streik bedroht. Die Verleger haben die Einführung der 44-Stunden-Woche abgelehnt.

SPD. Das freigewerkschaftliche Amsterdamer Gewerkschaftskartell hat eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Die Zahl der angeschlossenen Arbeiter stieg im vergangenen Jahr um 3000. Fast 60 % aller organisierten Arbeiter Amsterdams sind von den freien Gewerkschaften erfasst.

SPD. Der Hass der Kommunisten gegen die Gewerkschaften kennt keine Grenzen. Wo sich nur irgend eine Gelegenheit bietet, gehen sie im Verein mit den Reaktionären zu gewerkschaftsfeindlichen Aktionen über. So haben sie vor kurzem im Pommerschen Provinziallandtag zusammen mit dem Nazi-Führer von Corswant für einen Antrag der Deutschnationalen auf Streichung der Zuschüsse für das soziale Bildungswesen der Gewerkschaften gestimmt; der Antrag wurde mit 41 gegen 31 Stimmen - diese bestanden in der Hauptsache aus den Stimmen der Sozialdemokraten - angenommen. Die Grossagrarien quittierten diese Judastat der Kommunisten mit lebhaftem Beifall.
